

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE - Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung fit für die Zukunft machen - das Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft fort-schreiben! - Drucksache 7/8735 vom 14.11.2023**

### **Siedlungswasserwirtschaft an neue Herausforderungen anpassen**

Der Landtag stellt fest:

Die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben Priorität für die Menschen im Land, denn Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Deshalb gehört die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Trinkwasser und die ordnungsgemäße Aufbereitung des Abwassers zur öffentlichen Daseinsvorsorge in Verantwortung der Kommunen. Hier leisten die Trinkwasser- und Abwasserverbände im Auftrag ihrer Kommunen eine wertvolle Arbeit für die Gesellschaft. Der demografische Wandel mit sinkenden Einwohnerzahlen hatte im Jahr 2013 den Anlass gegeben, das Leitbild „Zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“ in einem breiten Dialogprozess mit den Verbänden, Kommunen und dem Land zu erarbeiten, um langfristig eine sichere Wasserver- und -entsorgung zu bezahlbaren Preisen zu gewährleisten.

Dieses Leitbild bildet grundsätzlich eine solide Grundlage. Aber die Verbände stehen heute vor neuen Herausforderungen, die eine Anpassung der Siedlungswasserwirtschaft erforderlich machen. Dies betrifft insbesondere die Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die Umstellung auf erneuerbare Energien und den Fachkräftemangel.

Auch wenn hierbei die Kommunen und Verbände im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge die Hauptakteure sind, wird die Unterstützung des Landes gebraucht, um die Siedlungswasserwirtschaft zukunftsfest aufzustellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalstellen und Haushaltsmittel

1. dem Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz im zweiten Quartal 2024 einen Bericht zur Umsetzung des Leitbildes Siedlungswasserwirtschaft in Zusammenarbeit mit den Verbänden vorzulegen und eine Einschätzung zu den Erfordernissen der künftigen Unterstützung der Siedlungswasserwirtschaft zu geben.

2. gemeinsam mit den Zweckverbänden der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, den Interessenvertretungen Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dem Landeswasserverbandstag und dem Städte- und Gemeindebund einen Vorschlag zur zukunftsfähigen Aufstellung der Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg“ zu erarbeiten. Schwerpunktmäßig soll dabei auch auf die neuen Herausforderungen für die Siedlungswasserwirtschaft wie die Klimaanpassung, Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien und den Fachkräftemangel eingegangen werden. Außerdem soll den inzwischen erfolgten Weiterentwicklungen wie z.B. in der Klärschlammbehandlung Rechnung getragen und die Anpassung bestehender Instrumente wie der Demografie-Check geprüft werden.
3. im Rahmen der Bearbeitung des Vorschlags zur zukunftsfesten Aufstellung der Siedlungswasserwirtschaft die Forderungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Landesgruppe Brandenburg (BDEW) aus der Beratung im Umweltausschuss vom 06. November 2023 zu prüfen. Dies betrifft die Handlungsfelder:
  - a. Vorrang und Schutz der öffentlichen Trinkwasserversorgung
  - b. Versorgungssicherheit durch Kooperation und dezentrale Systeme
  - c. Anpassung der Infrastruktur an den Klimawandel
  - d. Bürokratieabbau und Schaffung effizienter administrativer Strukturen
4. zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses im Bereich der Wasserwirtschaft die Errichtung eines Ausbildungszentrums in Cottbus beratend zu unterstützen und die Brandenburgisch Technische Universität Cottbus-Senftenberg zu bestärken, dem Thema Wasserwirtschaft in Forschung, Lehre und Transfer weiterhin einen großen Stellenwert einzuräumen.
5. zu prüfen, welche Änderungen von gesetzlichen Regelungen erforderlich sind, um die Siedlungswasserwirtschaft unter den Bedingungen des Klimawandels zukunftsfest aufzustellen.
6. vor dem Hintergrund der klimawandelbedingten Herausforderungen die Kommunen und die kommunalen Zweckverbände bei der Klimaanpassung im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft weiterhin durch vorhandene und geeignete Förderprogramme zu unterstützen.

#### Begründung:

Der fortschreitende Klimawandel mit Temperaturerhöhungen und Veränderungen im Niederschlagsverhalten führt zu vermehrtem Wasserbedarf, insbesondere dem Anstieg in Spitzenzeiten, die zu einer Überlastung der Leitungssysteme führen können. Auf der anderen Seite kristallisieren sich bereits Gebiete heraus, in denen die Wasserbereitstellung aufgrund geringerer Grundwasserneubildung aber hoher Bedarfe durch Ansiedlung und Industrie problematisch wird. Insgesamt steht langfristig einem wachsenden Wasserbedarf eine geringere Wasserverfügbarkeit gegenüber. Extremwetterereignisse mit lokalen Starkregen führen zur Überlastung von Mischwasserkanalisationen und Klärwerken.

Hier sind technische Infrastrukturmaßnahmen in der Wasserwirtschaft notwendig, um solche Spitzen künftig abzufangen. Das Umweltministerium unterstützt solche Maßnahmen ab 2024 mit der „Förderrichtlinie Starkregen“, dennoch liegt die Planung und Umsetzung bei den Verbänden, die personell und strukturell für die neuen Aufgaben aufgestellt werden müssen.

Sowohl die Energiekrise mit steigenden Energiepreisen, aber auch unser Ziel, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden, zwingt die Kommunen, auf Erneuerbare Energien umzusteigen. Insbesondere die Klärwerke machen in den Kommunen oft den mit Abstand größten Posten der Energiekosten aus. Hier gilt es, vermehrt Biogasanlagen und Photovoltaik auf den Anlagen einzusetzen, um aus den fossilen Energieträgern auszusteiern und die Kosten zu senken.

Der Fachkräftemangel macht sich auch in der Wasserwirtschaft bemerkbar. Bisher gelingt es noch, im Ausbildungswerk bei der LWG in Cottbus ausreichend Fachkräfte auszubilden, wobei auch auf Zuzügler aus dem Ausland gebaut wird. Doch die weiterführende Ausbildung bis zum Ingenieur ist längst nicht mehr abgedeckt. In der Konsequenz fehlen jetzt bereits die Fachkräfte in den Planungsbüros, den Behörden und in den Verbänden, um Maßnahmen zu planen, zu genehmigen und umzusetzen.

Zu den allgemein landesweit geltenden Herausforderungen kommen in Brandenburg noch zwei regionale Schwerpunkt-Problembereiche der Siedlungswasserwirtschaft hinzu: Zum einen wird die Metropolregion um Berlin weiterwachsen, was mit enormen Problemen für die Trinkwasserbereitstellung und die Abwasserentsorgung verbunden ist. Zum anderen hat der jahrzehntelange Braunkohlenabbau in der Lausitz zu starken Veränderungen im Wasserhaushalt geführt, die sich in den nächsten Jahrzehnten auf die Wasserbereitstellung in der Lausitz und über die Spree bis nach Berlin auswirken werden. Insbesondere den Genehmigungsbehörden kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der vielschichtigen Anpassungserfordernisse zu